



Deutschland hat bald 90 Mio. Einwohner!

Inhaltsverzeichnis Ausgabe 4:

Seite 1	Deutschland 90 Mio. Einwohner
Seite 2	Zehn Jahre AfD in Frankfurt (O)
Seite 3	Messegelände und Polizei
Seite 4.	Friedensrede Teil 1
Seite 5.	Friedensrede Teil 2
Seite 6	MOZ und die Freigeister
Seite 7	Schwimmbad für FF
Seite 8	Das Letzte: Leistungen für Flüchtlinge und Bürger

Der Irrsinn der ROT-GRÜN-GELBEN-REGIERUNG nimmt kein Ende. Jetzt sollen bald 90 Mio. Menschen in Deutschland leben, weil die Zuwanderung massiv ausgeweitet werden soll. Das ist die Kernaussage beim Bürgerdialog im Wahlkreis des Bundeskanzlers Olaf Scholz im Dezember 2022 in Potsdam.

Hatten uns diese etablierten Parteien nicht versprochen, dass das Fachkräfteproblem u. a. mit der Asylbewerbermasse gelöst werden sollte? Zitat des ehemaligen SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz in einer Rede 2016: Was die Flüchtlinge zu uns bringen, ist wertvoller als Gold...."

Die Lage jetzt: Wenn noch einmal ca. 6 Mio. Ausländer einwandern, dann wird eine Fläche von Berlin 891 km² und Hamburg 755,2 km² zubetoniert. Dafür muss die Infrastruktur geschaffen werden. Wir haben heute schon 30.000 Polizisten zu wenig. Weitere 40.000 Lehrer fehlen jetzt und hier bei 84,3 Mio. Einwohner.

Es sind keine Ingenieure, die einwandern, sondern in der Regel Transferleistungsempfänger. Allein das Land Brandenburg nahm letztes Jahr 39.000 Menschen auf. Einmal die Einwohnerzahl von Fürstentum + 4.000. Der Städtetag¹ hatte erst kürzlich folgende Rechnung

*Erkennungszeichen der Montags demos in Frankfurt (O.), Seite 3 und 4*

aufgemacht: Ein Flüchtling kostet durchschnittlich 4.100 Euro monatlich.

Nehmen Sie die Zahl x 12 x 39.000. Dann kommt man schnell auf über 1.8 Mrd. Euro jährlich allein für das Land Brandenburg. Das kann keiner mehr bezahlen. Der Landeshaushalt umfasst ca. 15,2 Mrd. Euro.

Wir als AfD haben massiv im Landtag unsere Bedenken zur unkontrollierten Einwanderung öffentlich gemacht. Wir wollen keine weitere Einwanderung in die Sozialsysteme. Wir fordern die Streichung der sozialen Anreize und Errichtung von

Ankerzentren im Ausland, um die hohen Kosten eines Asylverfahrens in Deutschland zu vermeiden.

*QR-Code: Rede im Landtag Wilko Möller*

Zehn Jahre AfD- Stadtverband Frankfurt (Oder)



Wer hätte es am Anfang gedacht: Auch die AfD Frankfurt feiert dieses Jahr am 7. Dezember 2023 ihr offizielles Gründungsdatum. Es war ein Sonnabend im Restaurant u. Café Am Kleistpark, wo sich 19 Bürger der Stadt Frankfurt (Oder) trafen, um mit Satzung, Teilnehmerliste und Vorstandswahl die Gründung zu vollziehen. Der Vorsitzende wurde Wilko Möller, der bis heute durchhält und die Geschicke der AfD in Frankfurt (Oder) maßgeblich mitbestimmt. Die weiteren Mitglieder des ersten Vor-

standes waren:

1. Stellv. Vorsitzender Herr Dr. Hart- mut Händschke
2. Stellv. Vorsitzender Herr Meinhard Gutowski
Schatzmeister Herr Bernd Saleschke
Schriftführer Frau Ute Spallek
Beisitzer: Herr Michael Korth, Herr Christian Freyther und Herr Dr. Gerhard Heyder

Die Versammlungsleitung führten Herr Franz Wiese (später MdL) und Frau Dr. Inge Bock.

Doch so einfach ist die Sache nicht. Denn schon am 3. Juni 2013 fand die

erste Vorbereitungsversammlung und Treffen statt – beurkundet mit der Teilnehmerliste vom 3. Juni 2013 im alten Rathaus am Markplatz 1 in Frankfurt (Oder).

Sogar der damalige Landtagsabgeordnete der LINKEN und jetzige Oberbürgermeister René Wilke nahm an einer Versammlung am 25.10.2013 als Gast teil. Er wollte mal sehen, was sich da gründet. Damals war er noch freudig erregt – heute.....?

Teilnehmerliste:
AfD-Stadtverband Frankfurt (Oder) in Gründung

Nr.:	Name, Vorname	Unterschrift	Bemerkung
1.	Möller, Wilko	<i>[Signature]</i>	Mitglied
2.	Gutowski, Meinhard	<i>[Signature]</i>	Mitglied
3.	Saleschke, Bernd	<i>[Signature]</i>	" "
4.	Händschke, Hartmut	<i>[Signature]</i>	" "
5.	Wiese, Franz	<i>[Signature]</i>	" "
6.	Gutowski, Meinhard	<i>[Signature]</i>	Schatzmeister
7.	Wilk, René	<i>[Signature]</i>	Gast
8.	Freyther, Christian	<i>[Signature]</i>	Gast
9.	Wilke, René	<i>[Signature]</i>	Gast
10.			
11.			
12.			
13.			

Mittlerweile ist die AfD auf knapp 50 Mitglieder und Förderer in Frankfurt (Oder) angewachsen und stellt mit 9 Stadtverordneten eine große Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung dar. Die AfD-Fraktion hat Gewicht und konnte so z. B. zuletzt das undemokratische Verhalten der CDU-SPD-LINKEN-Allianz verhindern. Diese wollten in einem gemeinsamen Antrag die SVV um 6 Stadtverordnete per Beschluss verkleinern. Das hätte die Meinungsvielfalt stark eingeschränkt, denn kleine Parteien verlieren so ihren Fraktionsstatus, wenn sie nur einen Stadtverordneten durch die Reduktion verlieren.

Auch wir haben klein angefangen und können so ein Verhalten nicht mittragen.

Verkauf des Messegeländes: Das steht nicht in der MOZ!

In der MOZ wird wieder einmal die Idee der AfD nicht veröffentlicht. Bereits Mitte 2022 besuchte die Bundespolizei das Messegelände. Aber der Bundespolizei ist das Messegelände für ein polizeiliches Einsatztrainingszentrum zu groß.

Seit Jahren wird immer wieder den Stadtverordneten durch die Stadtverwaltung vorgerechnet, dass sich das Messegelände nicht mehr rentieren würde. Denn Messen verlieren an Strahlkraft und dem Messegelände geht immer mehr an Attraktivität verloren. Grund: Viele Millionen Euro an Investitionen sind nötig, um konkurrenzfähig zu bleiben. Diese Mittel hat aber die Stadt nicht. Somit belaufen sich die jährlichen Verluste auf ca. 600.000 Euro.

Doch das Messegelände hat riesige Vorteile. Unser Landtagsabgeordneter Wilko Möller konnte über den Innenausschuss des Landtages Brandenburg in Erfahrung bringen, dass das Innenministerium dringend ein Übungsgelände für ihre Polizei sucht. Doch das Ministerium findet nichts. Das bisher favorisierte Gelände am Standort Jütetbog Forst Zinna (südlich von Berlin) ist laut Machbarkeitsstudie nicht sanierbar. Die Kosten werden auf über 450 Mio. Euro veranschlagt. Das Ministerium gab bekannt, dass man wieder ganz am Anfang stünde und nun nach Alternativen sucht. Hier meldete sich Wilko Möller zu Wort und beantragte Akteneinsicht, um sich die Machbarkeitsstudie anzusehen. Das Ministerium war nicht angetan sich mit dem Standort Frankfurt (Oder) zu beschäftigen. Eines der Hauptargumente ist die Entfernung zwischen Frankfurt (Oder) und Berlin

bzw. Potsdam. Aber aufgrund der Durchsetzungsfähigkeit konnte unser Abgeordneter Wilko Möller erreichen, daß das Ministerium des Innern sich zumindest doch mit dem Standort Frankfurt (Oder) intensiv befasst. Die Vorteile liegen auf der Hand. Frankfurt (Oder) bietet viel für die Polizei und so kann das Land viel Geld sparen. Andererseits kommt viel Polizei nach Frankfurt und sorgt für zusätzliche Kaufkraft und verbessert die Innere Sicherheit.

Ein Traum wäre es in Frankfurt (Oder) ein Sicherheitskompetenzzentrum aufzubauen, wo alle Sicherheitsbehörden BKA, Bundespolizei, Zoll, polnische Polizei und die Länderpolizeien Brandenburg und Berlin das Gelände gemeinsam kosten-



günstig nutzen. Der Platz und der Bedarf sind da. Die Kosten könnten über die großen Behörden des Bundes sowie aus europäischen Töpfen für Brandenburg minimiert werden.

Kreativität ist angesagt.



Friedensrede

Große Friedensdemo am 25. Februar 2023 in Frankfurt (O.)

Liebe Freunde! Liebe Mitbürger!
Danke, dass Ihr noch alle hier seit,
dass Ihr durchgehalten habt. Vielen,
vielen Dank! Trotz dieses Wetters!

Ich beginne meine Rede mit der 2.
Strophe der DDR-Hymne.

Keine Angst ich singe nicht, son-
dern ich zitiere!

Singen kann der Björn besser!

*„Glück und Friede sei beschieden
Deutschland, unserem Vaterland.*

*Alle Welt sehnt sich nach Frieden,
reicht den Völkern eure Hand.*

*Wenn wir brüderlich uns einen,
schlagen wir des Volkes Feind.*

*Laßt das Licht des Friedens schei-
nen, daß nie eine Mutter mehr ihren
Sohn beweint.“*

Meine Damen und Herren!
Wie wahr: Bis vor kurzem wuss-
te ich nicht, dass so ein toller Text
damals verfasst wurde. Eigentlich
sagt diese Stophe alles aus und sie

ist so aktuell wie nie zuvor. Wunder-
bar! Jetzt weiß ich auch, warum der
Text der Hymne ab den 70er Jahren
nicht mehr gesungen wurde. Jetzt
weiß ich auch warum.

Jetzt muss auch gesagt werden,
diese Gelegenheit nutze ich hier:
Die Russen unter Putin haben den
schon lange schwelenden Konflikt
mit der Ukraine zu einem Krieg wer-
den lassen. Für diesen Konflikt gibt
es viele Ursachen auf beiden Seiten,
doch Putin hat ihn letztlich in die
Katastrophe geführt. Das ist seine
Schuld!

Aber die Medaille hat zwei Seiten!
Die Amerikaner tun aber alles, um
den Krieg zwischen Ukraine und
Russland in die Länge zu ziehen.
Verhandlungswillen sieht anders
aus.

Ich kann es mir nicht anders erklä-
ren: Die USA wollen an diesem Krieg
sehr viel Geld verdienen und ihre
Macht in Osteuropa und in der Welt
weiter ausbauen.

Was mich besonders ärgert ist:
Dass sie unsere Freunde sein sollen.
Dazu scheint ihnen jedes Mittel
recht zu sein.

Spätestens seit der Sprengung von

Nord-Stream 2, ist bewiesen, dass
die Amerikaner sich ihre Freunde
immer nach Tageslage aussuchen.
Diesmal haben wir verloren.

Die USA sind für diesen staatsfeind-
lichen Akt unter NATO-Partnern
hauptverantwortlich. Sie haben
unsere Energieversorgung – unsere
kritische Infrastruktur zum Teil zer-
stört.

Freunde tun so etwas nicht! Gerade
unter NATO-Mitgliedern sind solche
Handlungen vertraglich untersagt.
Ich stelle hier jetzt die Frage:

Haben die USA uns eigentlich den
Krieg erklärt?

Dies ist der wahre Grund und der
einzige Grund sofort aus den Waf-
fenlieferungen auszusteigen.

Leider handelt unsere Bundesre-
gierung wie ein Befehlsempfänger
der Amerikaner, ohne Rückgrat und
ohne Selbstvertrauen.

Wir geben für diese USA alle unse-
re Grundsätze auf. Wir liefern von
der Panzerfaust, Stinger oder Flie-
gerfaust genannt, Schusswaffen,
Schützenpanzer, Flugabwehrpan-
zer, Flugabwehrsysteme, Panzer-
haubitzen und Angriffswaffen, wie
den Leopard II A 6.

Solche Waffen liefert man nicht in



Kriegsgebiete, das war immer deutsches Recht und immer deutsche Außenpolitik.

Wir sind längst Kriegspartei, wenn wir Leute Soldaten – ukrainische Soldaten in Deutschland an den Panzern an modernsten Waffen ausbilden, dann sind wir Kriegspartei. Dann können die sagen was sie wollen in Berlin. Alles andere ist eine Selbsttäuschung.

Wir werden von der rot-grün-gelben Bundesregierung verraten und verkauft. Und was mich ärgert ist, dass die CDU da mitmacht. Wir sind überhaupt nicht auf einen Krieg vorbereitet.

Über Jahre hinweg hat man die Bundeswehr abgebaut und vernachlässigt. Das ist keine Armee mehr, das ist ein Technisches Hilfswerk mit Waffen, aber mit nur ganz wenig Munition meine Damen und Herren! Und dafür trägt die CDU die Hauptschuld.

Diejenigen, die nie gedient haben, sind jetzt die größten Maulhelden und wollen den Krieg. Sie wollen immer weiter die Situation eskalieren lassen. Gerade die Grünen. Erst sind Soldaten Mörder, dann werden Soldaten ein Mittel zum Zweck. Das geht so nicht.

Und ich sage eines hier auch ganz deutlich:

Wie armselig ist es, dass nach 78 Jahren deutsche Panzer auf dem ehemaligen Territorium der Sowjetunion wieder auf Russen schießen und töten. Das geht doch nicht Leute!

Ich frage die Bundesregierung und die CDU: Was soll das? Wie bescheuert muss man eigentlich sein? Man kann die Bundesregierung mit einem Mann vergleichen, der volltrunken durch ein Minenfeld läuft und sich wundert, dass ihm alles um die Ohren fliegt. Das kann doch keine deutsche Außenpolitik im 21.

Jahrhundert sein.

Meine Damen und Herren!

Der Konflikt zwischen der Ukraine und Russland ist nicht unser Krieg! Das sage ich hier deutlich. Es ist kein Nato-Land angegriffen worden. Dann frage ich Euch, was macht unsere Bundesregierung dort?

Für eine Nato-Ukraine macht die Bundesregierung mit der CDU zusammen Deutschland zur Ruine! Das befürchte ich.

Wir sollten da nicht mitmachen und ich fordere drei Sofortmaßnahmen:

Erstens:

Die Bundesregierung geht in Vorleistung und stellt sofort alle Waffenlieferungen ein. Unter dem Stichwort „Diplomaten statt Granate“: Deutschland liefert keine Waffen mehr.

Zweitens:

Die russische Seite wird aufgefordert, sämtliche Kampfhandlungen mit Umsetzung des Waffenlieferstopps einzustellen und der Ukrainischen Seite unverzüglich ein Waffenstillstand anzubieten. Das muss umgesetzt werden.

Drittens:

Mit der Umsetzung des Waffenstillstandes erfolgt ergebnisoffen die

Aufnahme von Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine. Die Vereinten Nationen übernehmen die Moderation und stellen UNO-Truppen. Mir sind weiße deutsche Kampfpanzer mit UNO-Aufschrift lieber als kämpfende Panzer in Russland.

Das sind nur drei Forderungen, die lösbar sind.

Unser ehemaliger Bundeskanzler Helmut Schmidt – schade, dass wir so einen Kanzler nicht wieder bekommen – hat einmal ganz richtig gesagt, dass man lieber 100 Stunden – vielleicht auch umsonst – verhandeln soll bevor man auch nur 1 Minute auf einander schießt. Wie recht er noch heute hat!

Es ist nicht zu spät: Jetzt muss Deutschland die Reißleine ziehen Führungsverantwortung übernehmen und Friedensmacht sein und dem Sterben sofort ein Ende setzen.

Ich schließe meine Rede mit dem Satz:

Es lebe das friedliche demokratische Deutschland!

Danke!



Stellungnahme zur MOZ-Skandalisierung der Frankfurter Freigeister

Seit nunmehr drei Jahren wandelt mit den Frankfurter Freigeistern das in Europa immer häufiger zu beobachtende Gespenst des frei- und andersdenkenden Bürgers auch in unserer Stadt herum. Und wie nicht anders zu erwarten, sind die neuen Bürger mit eigenständigem Bewusstsein von Anfang an als verdächtig und „rechts“ diskreditiert worden.

Die hippe, woke Transgender-Gesellschaft mit ihrem Klima-Wahn, der nur dazu dienen soll, die ganzen abartigen Verbote und Kontrollen für eine Orwellsche Umgestaltung unseres Landes zu rechtfertigen, fühlte sich sofort von ein paar freien Gedanken „bedroht“. Schon die Aktionen der Spaziergänge 2021/22 brachten die Frankfurter Grünen an den Rand einer Panikattacke. Ihr Co-Fraktionsvorsitzender Dr. Bodo Almert beklagte im Januar 2022 im Hauptausschuss, dass die Polizei hierbei keine Handhabe sehe, da es keine angemeldete Demonstration sei.

Dr. Almert forderte für die Grünen, dass die Polizei die vermeintliche „Demo“ anmelden sollte, um so einschreiten zu können. Auf welcher Grundlage ein Einschreiten überhaupt gerechtfertigt sein sollte, ließ er allerdings offen. Dies zeigt mangelndes Demokratieverständnis.

Ende Januar berichtete dann das alte SED-Bezirksparteiorgan MOZ, wie viele angebliche rechtsgerichtete Aktivitäten und rassistische Vorkommnisse es in unserer Stadt im vergangenen Jahre gegeben habe. Quelle hierfür war nicht etwa ein seriöses Institut oder ein For-

schungsprojekt der Uni. Nein, der links außen agierende Verein Utopia e.V., der durch die Stadt finanziell gefüttert wird, war hier der Stichwortgeber. Zwar wies man auf nichtrepräsentative Daten hin, das tat der Argumentation aber keinen Abbruch. Als ein Punkt vermeintlich rechter Aktivitäten wurden auch die inzwischen regelmäßigen Montagsdemonstrationen der Freigeister allen Ernstes benannt. Dass nicht spätestens hier die MOZ nachgefragt hat, zeigt, dass sie nur noch eine Hofberichterstatter – Postille ist.

Doch die Krönung kam nun am 18.02.2023.

Hier berichtet die MOZ in ihrer typisch skandalisierenden Hysterie-Darlegung eines vermeintlichen Vorfalls an der Kleist-Schule über eine „Bedrängung“ von Schülern und auch Lehrpersonal durch drei Vertreter der Frankfurter Freigeister.

Statt nun diese „Geschichte“ nach allen Seiten zu überprüfen, wurde erst mal schriftlich auf die Freigeister eingepregelt und wüste Behauptungen aufgestellt.

Naja, MOZ-Niveau eben. Doch mit dieser Peinlichkeit nicht genug. Als vermeintlicher „Experte“ durfte sich der Frankfurter Linksaußen-Akteur Jan Augustyniak von der Linkspar-

tei mit seinem ganzen Hassgetöse zu Worte melden.

Augustyniak ereifert sich hierbei, von „Einschüchterung von Andersdenkenden, in diesem Fall Minderjährigen“ zu reden, wobei auch „durch Gewalt“ angeblich versucht wurde, den Schülern „die Meinung“ der Freigeister „aufzuzwingen“.



„Die Radikalisierung der Frankfurter Freigeister war nur eine Frage der Zeit“ ist das wohl auch von der MOZ ersehnte Fazit des Vorzeige-Linksaußen-Demokraten Augustyniak.

Die MOZ als Zentralorgan des woken, linksgrünen Verbots- und Überwachungs-Normatives hat von Anfang an nur negativ über die Frankfurter Freigeister berichtet. Dazu hat sie nun abermals mit Augustyniak den Bock zum Gärtner gemacht. Ein jeder blamiert sich halt so gut er kann.

Endlich her damit: Ein Schwimmbad für Frankfurt!

Das Frankfurter Hallenbad ist deutlich in die Jahre gekommen und das zeigt sich auch nur allzu klar beinahe überall. Nach mehr als 50 Jahren werden die angestauten Mängel immer offensichtlicher und die ständigen Notreparaturen und Instandsetzungen verschlingen jedes Mal höhere Summen, von den zahlreichen Schließungen und der damit einhergehenden Nutzungseinschränkung ganz abgesehen.

Bereits vor mehr als 50 Jahren, als das Hallenbad zum 20. Jahrestage der DDR-Gründung eröffnet wurde, war es für die damalige Bezirksstadt nur eine Notlösung. Andere Städte haben zu jener Zeit bereits besser ausgestattete Schwimmbäder erhalten. Das Frankfurter Hallenbad wartete schon damals mit der kleineren Variante einer nur 25-m

Schwimmbahn auf. Andere Becken, wie ein Nichtschwimmer- und ein Tiefbecken waren ebenso Fehlanzeige. Schnell zeichnete sich ab, dass für die wachsende Bezirksstadt das Hallenbad bei weitem nicht mehr die notwendigen Aufgaben erfüllen werden wird.

In der Umbruchphase 1989/90 wurde der Wunsch nach einem neuen und leistungsfähigen Schwimmbad für unsere Stadt von zahlreichen Bürgern auf den Versammlungen immer wieder genannt. Doch bis zum heutigen Tage ist dieser Wunsch vieler Frankfurter unerfüllt geblieben.

Nun wird das Thema wieder aktuell, da die Verwaltung abermals ca. 5, 4 Mio. EUR in eine vorläufige Instandsetzung in das marode Hallenbad

stecken will. Damit soll dann das Hallenbad 5-8 Jahre weiter genutzt werden können. Doch wirklich Sinn macht ein solches Unterfangen kaum. Viel sinnvoller hingegen ist es, endlich ein tragfähiges Konzept für den Bau und die Finanzierung eines modernen Schwimmbades für unsere Stadt zu erstellen.

Hierfür muss der Kardinalfehler der Rathauspitze revidiert werden. Nach der letzten Landtagswahl hat



Frankfurt, vor allem vertreten durch den Grünen Jörg Gleißenstein, bei den Koalitionsverhandlungen auf die Finanzierung des links-grünen Lieblingsprojektes Landesmuseum für moderne Kunst mit Hauptsitz Altes Kino beharrt und eine Zusage über 23,5 Mio. EUR an Förderung erstritten. Da es aber frühestens 2026 mit dem eigentlichen Ausbau losgeht, ist jetzt schon von einer erheblichen Kostensteigerung auszugehen. Dieses Geld wäre in jedem Falle wesentlich besser in ein neues Schwimmbad investiert gewesen. Das Gebäude des Alten Kinos in der Innenstadt kann auch durch Privatinvestoren wieder hergerichtet werden. Und wir brauchen wohl kaum ein weiteres Museum mit zweifelhaftem Nutzen, die Innenstadt wird

hierdurch jedenfalls nicht belebt.

Deshalb ist es allemal an der Zeit, sich ein Stück weit ehrlich zu machen und beim Landesmuseum nach zu verhandeln. Frankfurt braucht nach der Pleite mit dem Zukunftszentrum dringend Ausgleichsinvestitionen. Hier könnte sich die Landesregierung einmal profilieren und Weitsicht zeigen, was aber zuvorderst ein Umdenken in der Frankfurter Rathauspitze voraussetzt. Die enormen Mittel für das angedachte Museum müssen zu einem erheblichen Maße für das Projekt eines neuen Schwimmbades umgeleitet werden.

Ein weiterer Anker der Finanzierung könnte auch eine Beteiligung der Bundespolizei, des Bundeskriminalamtes und des Zolls sein, die in Verbindung mit einem deutsch-polnischen Ausbildungszentrum den Bereich des Messegeländes nutzen könnten. Mit einem möglichen Tiefbecken und einer übungstauglichen Ausstattung könnte auch die Sicherheitsbehörden des Bundes und des Landes das Bad nutzen. Kreativität ist gefragt.

In jedem Falle muss dringend gehandelt werden, wenn allen Anforderungen wie Vereinssport und Schwimmunterricht resp. Therapiebad Rechnung getragen werden soll.

Es zeigt sich einmal mehr, dass Politik sich in erster Linie ausschließlich an den Bedürfnissen und Erfordernissen der Bevölkerung orientieren muss und nicht ideologischen Trautänzern den Vorrang geben darf!

Das Letzte:

Das Paradies für Asylanten!

Was glauben Sie wie lange es dauert bis diese Tabelle in alle Sprachen der Welt übersetzt ist? Das Land Brandenburg muss ca. 25.000 bis 35.000 Ausländer pro Jahr aufnehmen.

Also es spricht sich rum, dass die Vollversorgung greift (siehe Tabelle). Viele Bürger wollen es nicht glauben, aber diese Zahlen sind ab 2023 realistisch. Die Transferleistungsempfänger kassieren besonders viel Geld, wenn sie mindestens drei Kinder und mehr haben. Ein 5-Personenhaushalt (Zwei Erwachsene mit drei Kindern unterschiedlichen Alters bei dezentraler Unterbringung eigene Wohnung) kommen da schon mal schnell auf ca. 3.600 Euro netto im Monat.

Dazu noch viele Vergünstigungen wie Gesundheitskarte, kostenlose Kita, GEZ-Gebührenbefreiung, Zuschüsse für die Kinder, wenn sie zur Schule gehen etc.

Die Miete und der Heizkostenzuschuss ist bei den ca. 3.600 Euro mit inbegriffen. Allerdings gilt das

Leistungsberechtigte	Regelbedarf in entsprechender Anwendung SGB XII	anteilige abstrakte angemessene KdU+ Heizung (bruttowarm)	gesamt
Elternteil	452,00 €	192,04 €	644,04 €
Elternteil	452,00 €	192,04 €	644,04 €
Kind, 18 LJ	402,00 €	192,04 €	594,04 €
Kind, 12 LJ	348,00 €	192,04 €	540,04 €
Kind, 2 LJ	318,00 €	192,04 €	510,04 €
gesamt	1.972,00 €	960,20 €	2.932,20 €

Stadtverwaltung AMT 50

nicht nur für Ausländer, sondern auch für Deutsche, die nichts tun wollen oder können oder wie auch immer ... Glauben Sie das nicht? Wir haben vom Amt 50 der Stadt Frankfurt (Oder) 2022 schon einmal die Zahlen erheben lassen. Hier die amtliche Tabelle von 2023 (siehe oben).

Unten sehen Sie die Tabelle mit den Leistungen, die ab 2023 im Rahmen des neueingeführten Bürgergeldes gelten. Wir fragen uns, wie das weiter gehen soll. Es kann so nicht weiter gehen. Wir als AfD fordern die komplette Neuausrichtung des Sozialstaates mit der einfachen Regel: Fördern und Fordern und starke Begrenzung der Einwanderung

über die Asyl- und Flüchtlingspolitik. Aber auch Transferleistungsempfänger mit deutschem Pass müssen für die staatlichen Leistungen einen Gegenwert für die Gesellschaft erbringen.

Die Mittelschicht und Leistungsträger müssen das mit den weltweit höchsten Steuern- und Sozialabgaben finanzieren. Das ist keine Hetze, sondern nur nüchtern veröffentlicht.

Impressum:

Das AfD-Journal für Frankfurt (Oder)
Wilko Möller (MdL)
Ingolf Schneider (FV)

AFD-Stadtverband Frankfurt (Oder)
AFD-Fraktion Frankfurt (Oder)
Müllroser Chaussee 22
15236 Frankfurt (Oder)

Herausgeber:
AFD-Fraktion Frankfurt (Oder)

Auflage: 30.000 Stück
Verantwortlich im Sinne des Deutschen Presserechts:
Wilko Möller MdL
und Ingolf Schneider

Tel.: 0152 01725930
E-Mail: wilko.moeller@afd-ffo.de

Tabelle 1: Berechnung Leistungen des Bürgergeld

1 Erwachsene/r	0 Kinder	1 Kind <6 bis >14 Jahre	2 Kinder <6 bis >14 Jahre	3 Kinder <6 bis >14 Jahre
Regelbedarf Bürgergeld	502	820 bis 922	1138 bis 1342	1456 bis 1762
Personen je HH	1	2	3	4
Angem. Wohngröße m ²	50	65	80	95
Bruttokaltmiete	543	659,4	780,00	938,15
Heizkosten (Gas)	132,31	172,01	211,70	251,39
Leistungen BG (Monat)	1177,31	1651,40 bis 1753,40	2129,70 bis 2333,70	2645,54 bis 2951,54
2 Erwachsene	0 Kinder	1 Kind <6 bis >14 Jahre	2 Kinder <6 bis >14 Jahre	3 Kinder <6 bis >14 Jahre
Regelbedarf Bürgergeld	953	1271 bis 1373	1589 bis 1793	1907 bis 2213
Personen je HH	2	3	4	5
Angem. Wohngröße m ²	65	80	95	110
Bruttokaltmiete	659,4	780,00	938,15	1272,6
Heizkosten (Gas)	172,01	211,70	251,39	291,09
Leistungen BG (Monat)	1784,41	2262,70 bis 2364,70	2778,54 bis 2982,54	3470,69 bis 3776,69